

eingetreten ist. Letztere betragen 1893 pro Kopf 3,46 Mt., 1894 nur 2,96 Mt., während die übrigen Krankenkassen 1893 an Krankenhauskosten 3,40 Mt. und 1894 3,64 Mt. zahlten.

Insgesamt hatten die 18 Ortskrankenkassen mit 140397 Mitgliedern im Jahr 1894 an Mehrausgaben für Arznei und Heilmittel 158648,61 Mt., an Mehrausgaben für Krankengeld 591071,37 Mt., zusammen 749719,98 Mt. Nicht mitgerechnet sind hier die Mehrausgaben für Arzthonorar, die 182522,10 Mt. betragen. Die Minderausgaben an Krankenhauskosten betragen 95496,96 Mt., so daß — ohne die Mehrausgaben für Arzthonorar — den Kassen mit freier Arztwahl pro 1894 eine Mehrausgabe von 654223,02 Mt. verbleibt.

Der Herr Minister erblickt übrigens in dieser Verschickung der Krankenpflege zu Ungunsten der Krankenhäuser mehr einen Vorteil für die Kassenärzte als für die erkrankten Mitglieder, die bei der Beschränkung der dortigen Wohnungsverhältnisse durchweg in den Krankenhäusern besseres Unterkommen und raschere Heilung finden werden.

Die Kassenschlüsse der Ortskrankenkassen mit freier Arztwahl pro 1891 bis 1894 ergaben für fast alle eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung. Scheinbar günstige Abschlüsse finden in Beitrags erhöhungen und Herabsetzungen der Kassenleistungen ihre Aufklärung. Im Jahr 1894 haben die 18 Ortskrankenkassen mit freier Arztwahl 25,07 Mt. an Beiträgen pro Kopf erhoben, die übrigen Kassen nur 21,48 Mt. pro Kopf. Diese Mehreinnahme an Beiträgen von 3,59 Mt. ergibt für 140397 Mitglieder 504025,23 Mt.

Trotz aller Herabsetzungen der Unterstützungsdauer und der Höhe der Leistungen ist diese Mehreinnahme völlig verbraucht. Die Vermögenszusage der 18 Ortskrankenkassen am Jahresschlusse zeigt nur eine Vermögenszunahme von 32496,16 Mt. oder 0,23 Mt. pro Kopf, während dem Jahresanfang 351993,81 Mt. hätten zugefügt werden sollen. Die übrigen Kassen hatten trotz ihrer geringeren Beitragsätze einen Vermögenszuwachs von 277139,66 Mt. oder 1,84 Mt. pro Kopf.

Korrespondenzen.

S. Garburg a. E. Aus dem in der Generalversammlung vom 12. Januar ersatteten Jahresbericht ist hervorzuheben: Bestand an Mitgliedern am 1. Januar 1895: 20, am 1. Januar 1896: 19, zugereist 12, abgereist ebenfalls 12, aufgenommen 2, ausgetreten 2, ausgeschlossen 1. Das Verhältnis der Mitglieder zu den Nichtmitgliedern ist 19:21. Die in einer hiesigen Druckerei fortwährend vorgekommenen Streitfälle, die das ganze Vereinsleben in Gärung hielten, haben die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder sehr erschwert. Auch haben wir hier am Orte mit einer heillosen Lehrlingswirtschaft zu rechnen. So beschäftigt die Firma Woltermann & Henne (Harburger Zeitung) bei vier Gehilfen fünf Lehrlinge. Ausgelernt haben in den letzten fünf Jahren fünf Lehrlinge, davon ist nur einer beim Verusse geblieben, während drei derselben die ihnen von Herrn Woltermann beigebrachten Kenntnisse nun auf der hiesigen Gummifabrik verwerten. Außerdem haben sich noch innerhalb des erwähnten Zeitraumes sechs junge Leute der ausübenden Fürsorge des Herrn Woltermann vor Beendigung ihrer Lehrzeit entzogen. Von diesen elf Lehrlingen ist also nur ein einziger das geworden, was alle werden sollten. — In der Buchdruckerei Lümann (Amtsblatt) sind bei 15 Gehilfen 6 Lehrlinge beschäftigt. Neben fünf Buchdruckern befinden sich hier auch einige buchdruckernde Buchbindermeister, welche im Frühen von Buchdruckerarbeiten, „noch ein ganz gutes Geschäft“ erbliden. — Verhandlungsmitglieder, die dem Einreichen derartiger Zustände hätten feuern können, haben hier erst seit kurzer Zeit festen Fuß gefaßt. Mächtig deshalb auch die Harburger Prinzipale in ihrem eigenen Interesse die Abneigung gegen diejenigen, die ernstlich bemüht sind, Ordnung und Stabilität im Gewerbe zu schaffen, aufgeben. Sämtlichen hiesigen Kollegen aber gebietet es die Pflicht der Selbsterhaltung, durch einmütige und andauernde Arbeit bessere Verhältnisse zu schaffen.

II. Wünnen. In der am 11. Januar abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins gab der Vorsitzende einen Rückblick über das vergangene, an Arbeit und Ereignissen reiche Vereinsjahr. Danach wurden in demselben 1 Generalversammlung, 2 außerordentliche General- und 12 Monatsversammlungen abgehalten. Allgemeine Buchdruckerversammlungen fanden 3 statt. Der Besuch derselben war ein ziemlich reger zu nennen. An Festlichkeiten feierte der Ortsverein das Johannistfest sowie eine Weihnachtfeier, bei welcher letzterer die Konditionslosen am Orte, die zugereisten Kollegen sowie die Invaliden mit einem Gelbeschent, die Zugereisten außerdem noch mit freiem Mittagstisch und Nachtlager bedacht wurden. Durch Extra-Sammlungen wurden fast 1000 Mt., darunter 346,73 Mt. zu der erwähnten Weihnachtunterstützung, von unseren Mitgliedern aufgebracht. Der bemerkenswerthe tarifliche Vorgang des Jahres betrifft die Feiertagsangelegenheit. Gestorben sind im Laufe des Jahres fünf Kollegen. Der Bestand der Bibliothek war am 31. Dezember 1895 567 Bände gegen 466 im Vorjahre. Benutzt wurde dieselbe von 159 Mitgliedern 599 Mal, zur Ausgabe gelangten insgesamt 850 Bände gegen 447 im Vorjahre. Die Bibliothek wurde gegen Feuerhaden mit 1500 Mt. versichert. Nach dem Rechenschaftsberichte des Kassierers betrug der Vermögensbestand der Ortsklasse

Ende 1894 7041,77 Mt. und wuchs auf 7501,80 Mt. am Schlusse des Jahres 1895 an. An Arbeitslosenunterstützung wurden im Jahr 1895 gewährt 8278,45 Mt. gegenüber 6595,65 Mt. im Vorjahr, also ein Mehr im Jahr 1895 von 1682,80 Mt. Ebenso weist die Krankenunterstützung eine Mehrausgabe von 3930,77 Mt. gegenüber dem Vorjahr auf. Arbeitslos waren im abgelaufenen Jahre 349 Mitglieder 13412 Tage, krank 278 Mitglieder 13265 Tage, zusammen 26677 Tage, oder bei durchschnittlich 750 Mitgliedern pro Kopf und Jahr 35 1/2 Tage. Von 900 steuernden Mitgliedern standen nur 397 ununterbrochen in Kondition, während 503 Kollegen teils längere, teils kürzere Zeit krank und arbeitslos waren. Die Arbeitslosigkeit war am hiesigen Orte im vierten Quartal (142 Mitglieder 3682 Tage) am stärksten, am geringsten im zweiten Quartal (112 Mitglieder 2714 Tage). Den höchsten Krankenstand hatte das erste Quartal (150 Mitglieder 4319 Tage), den niedrigsten Krankenstand das zweite Quartal (109 Mitglieder 3073 Tage). Im Gehilfen-Arbeitsnachweise haben sich im vergangenen Jahr als arbeitslos angemeldet 502 Mitglieder, hiervon sind in Arbeit getreten 414, durch Abreise wurden erledigt 38 Gesuche, zu anderen Berufen traten über 12, als arbeitslos verblieben am 31. Dezember 38 Mitglieder. Der Mitgliederstand betrug Ende 1894 713 und stieg auf 768 Ende 1895. Die Zahlstelle Wünnen berührten 747 Reisende. Von einer Neuwahl des Ausschusses sah die Versammlung bis zur endgültigen Regelung der Feiertagsangelegenheit ab. Dagegen nahm sie einen Zusatzantrag zu § 9 Abs. 5 an, wonach dem Ortskassierer alljährlich nach Abschluß des zweiten Quartals eine auf acht bis vierzehn Tage zu bemessende Ferienzeit zugesprochen wird, während welcher Zeit der Ausschuss für genügende Vertretung Sorge zu tragen hat.

Neukretsch. 18. Januar. Unter am 1. Januar 1895 gegründeter Ortsverein hielt am letzten Sonnabend die erste Generalversammlung ab, in der der Vorstand Bericht über das erste Vereinsjahr erstattete. Danach fanden 12 Zusammenkünfte statt, deren Besuch ein guter zu nennen war, wenn auch einige Kollegen es vorzogen, gar keine resp. nur sehr wenige von diesen Versammlungen zu besuchen. Der Mitgliederstand betrug Ende 1895 16 Kollegen; außerdem werden hier noch 4 Nichtvereinsmitglieder beschäftigt. Die Einnahme des Vereins betrug 86,10 Mt., die Ausgabe 68,80 Mt. Letztere besteht der Hauptsache nach in der Unterstüttung durchreisender Mitglieder, den Kosten des Johannistfestes und den Anschaffungen für die Bibliothek, die gegenwärtig etwa fünfzig Bände zählt. Der Correspondent wird hier in neun Exemplaren gelesen. Die hiesige Zahlstelle wurde im verfloffenen Jahre von 155 Beisenden besucht, es betrug die Ausgabe für dieselben 888,65 Mt. — Die Druckereien haben sich im vorigen Jahr um eine vermehrt, indem die hiesige Hofbuchdruckerei (Wesiger & Röper) durch Kauf an die Firma G. F. Spalding & Sohn (Inhaber H. Wolf) überging und diese beiden Druckereien zu einer vereinigte. Die Generalversammlung beschloß, das Blatt für nichtbezugsberechtigte und ausgetretene Mitglieder auf 75 Pf. festzusetzen.

J. Solingen. 15. Januar. Das verfloffene Jahr endete für unser Vereinsleben mit einem günstigen Abschlusse. Die Jahreserinnahme betrug 131,30 Mt., die Ausgabe 111,30 Mt. Der Ortsverein nahm an Mitgliedern zu, deren Anzahl beträgt gegenwärtig 18. Es fanden 1 ordentliche und 4 außerordentliche Generalversammlungen sowie 9 ordentliche und 3 außerordentliche Mitgliederversammlungen mit verhältnismäßig gutem Besuche statt. Die außerordentlichen Generalversammlungen beschäftigten sich mit Ersatzwahlen für zurückgetretene Vorstandmitglieder und der Neuausarbeitung des Ortsvereinsstatuts, die außerordentlichen Mitgliederversammlungen zum Teile mit Mißständen in der hiesigen Buchdruckerei, welche jedoch nicht ganz beseitigt werden konnten. Das Johannistfest feierten wir gemeinsam mit den Ebersfelder Kollegen, unser Stiftungsfest hielten wir in größerem Maßstab ab. — Bei Beginn der besseren Geschäftszeit trat der Ortsverein der Einführung eines Lokalzuschlages für Soltingen näher. Leider waren wir, da die hiesigen Nichtmitglieder sich unseren Bestrebungen gegenüber ablehnend verhielten, gezwungen, von der Forderung Abstand zu nehmen und die Sache fallen zu lassen.

Kundschau.

Buchdrucker und Verwaltende.

Eine ganze Seite ihres großen Formates wendet die Holzarbeiter-Ztg., nachdem sie sechs Wochen überlegt hat, auf, um den Abwehrartikel des Corr. in betreff der Regelung des Lehrlingswesens totzureden. Die so durchschlagend gegen ihren Anarchismus im Lehrlingswesen, oder gar gegen ihre gentale Erfindung, die Lehrlingsfrage zu lösen dadurch, daß den Lehrlingen Gehilfenlohn zu zahlen sei, sprechenden Argumente, die wir vorführten, enthält sie selbstverständlich, um sich nicht zu diskreditieren, ihren Lesern vor. Das schönste dabei ist, daß sie sich hinter das kritische Urteilsvermögen eben derselben Leser verschaukt, denen sie die Gegenrede unterlagern darf. Alle Achtung! Unsere Entgegnungen muß denn auch die Holzarb.-Ztg. gelten lassen, sie weiß nichts darauf zu erwidern. Allein einen Knallest muß doch die Kolonne haben und so verbeißt sich das Blatt in den Satz des Corr., daß, wo ein Verus besteht ist, die überschüssigen Anwärter draußen bleiben müssen. Das soll so etwas wie bethelemittischer Kindermord sein. Wir haben ausgeführt, daß es wahrlich besser sei, es lerne einer nicht

erst den Verus jahrelang, in dem er später als Gehilfe kein Brot finde, so daß er hernach, wie dies bei den Buchdruckern nichts seltenes ist, als „ungelernter“ Arbeiter sich ernähren muß, somit dem Lehrlingszüchter vergebens als Ausbeutungsobjekt gebietet hat. Dies kann nur jemand mit den Lehren des Malthus vergleichen, der vieles in sich hineingeklopft, aber bloß das wenigste davon verdaut hat. Dieser Vergleich steht auf derselben geistigen Höhe wie die Rede des Speiebürgers gegenüber dem Sozialismus: Reich und arm hat es immer gegeben usw. Für uns Buchdrucker gilt die Lehrlingsfrage, die so splendid bemessen ist, daß sich die Buchdruckerbevölkerung siebenmal mehr vermehrt hat als die Gesamtbevölkerung — die vorhandenen Buchdrucker halten also den Tisch für sehr viele Gäste gedeckt. Einen Heuschreckenschwarm sieht wohl aber die Holzarb.-Ztg. auch nicht gerade als Segen für ein Gebiet an? Ebenso haben die Buchdrucker durch ihren Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit bewiesen, daß sie keine gewerkschaftlichen Malthusianer sind, sondern alle unterzubringen suchen. Für das Wohl unserer Lehrlinge kann die Holzarb.-Ztg. schon in den ersten Jahrgängen des Corr. von vor dreißig Jahren Kuffisse lesen. Alles das hindert aber nicht daran, das Lehrlingswesen zu regeln, so daß die Gewerbeordnungsgemäßigkeit erreicht werden. Das ist eine den Gewerkschaften obliegende Aufgabe. Und die Buchdrucker sind solidarisch genug, um ihre Stala, falls sie, was nach dem oben erwähnten augenscheinlich ausgeschlossen ist, zu eng wäre, zu erweitern. Aber das Nichtstun und die Pflege der Lehrlingszüchtereien ist nicht ihre Art.

Das internationale Buchdruckerretariat in Bern beantragt auf Anregung von deutscher Seite bei den Zentralleitungen der beteiligten Verbände die Abhaltung eines internationalen Buchdruckerkongresses im Laufe dieses Jahres in Zürich oder Brüssel. Die Veranstaltung hierzu wird mit den Erscheinungen des letzten Strichs in Budapest motiviert, der Kongreß soll sich in der Hauptsache mit der Revision der gegenwärtigen Bestimmung betreffend die Arbeitsverhältnisse und die Unterstüttung durch die ausländischen Verbände beschäftigen.

Der Verein der industriellen Fachpresse übermittelte dem Reichstag eine Petition, er möge in das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb auch die falsche Angabe von Zeitungsaufgaben als strafbar aufnehmen. Unseres Erachtens ist nach dem Wortlaut des Entwurfes, wie wir vor Jahresfrist bei Besprechung desselben darlegten, der Aufschwindel ohnehin schon verboten.

Bei Beratung des Postetats im Deutschen Reichstage war vom Staatssekretäre Postadw. zu erfahren, daß demnach dem Bundesrate bezw. der Reform des Postzeitungsstarifes „im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit“ eine Vorlage zugehen werde.

Ein Falger einer Berliner Druckerei hatte sich seit Jahren nichts bei der Arbeit von seiner Frau „heilen“ lassen. Die Polizei hat jetzt diese Einschmuggelung der Frauen-Nacharbeit abgestellt, der Mann muß seine Frau bei Strafe daheln lassen. Das ist nur recht und billig.

Unfälle der Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft. Abbrecherin J. in Berlin glitt aus und erlitt dabei einen komplizierten Splitterbruch des linken Unterarmes. Rente 100, dann 70 und 50 Proz. = 466,80, 326,76, 233,40 Mt.

Ueber den einem kürzlich verstorbenen Kollegen beigelegten Spitznamen „Prinz von Hanau“ (Fr. v. S., l. Gestorben in Nr. 5) wird uns aus Freiburg i. B. erklärt mitgeteilt: Der verstorbene Seger Müller war gebürtig von hier und hat längere Zeit eine angenehme Kondition als Berl.-Retteur innegehabt. Er bediente sich, wenn er öfters „des Guten zu viel“ geihan hatte, gewöhnlich des Ausdrucks: „Ich bin der Prinz von Hanau“. Aus diesem Grunde wurde ihm von den hiesigen Kollegen das Pseudonym „Prinz von Hanau“ oder „Prinz-Müller“ beigelegt, sowie (nebenbei bemerkt) noch aus dem weiteren Grunde, weil sich damals ein „Rasen-Müller“, ein „Land-Müller“, ein „Kautschuk-Müller“, ein „Schwanen-Müller“ und ein „Bauern-Müller“ hier in Kondition befanden; jetzt ist noch ein „Pulver-Müller“ dazu gekommen. Es kann ein jeder aus diesen Schlagwörtern leicht entziffern, woher diese Beinamen alle stammen.

Die Berliner Lithographen und Steindrucker haben mit 372 gegen 168 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf fakultativer Grundlage beschlossen. Bravo!

Der Vorstand des österreichischen Buchdruckerverbandes berief zu Singlten nach Prag einen Verbandstag ein. Ein Tag der Beratungen soll lediglich den Tarifangelegenheiten gewidmet werden.

Die Behandlung der Presse in Elfaß-Lothringen ist ganz eigener Art. Wir haben seiner Zeit mitgeteilt, daß der Zaberner Anzeiger in Strafe genommen und das fernere Erscheinen desselben verboten wurde, weil er „Politik“ getrieben, ohne die erforderliche Kaution gezahlt zu haben. Die „Politik“ bestand darin, daß er einen wortgetreuen Abdruck der amtlichen, aus Landesmitteln erhaltenen Korrespondenz über die Verhandlungen des Landesauschusses brachte, welche sämtlichen, den lationspflichtigen wie den anderen Zeitungen, vom amtlichen literarischen Bureau gratis — doch wohl zum Nachdruck — angehängt wird. Und trotzdem diese hohe Strafe, die nach dem in Elfaß-Lothringen gültigen französischen Gesetze nur in ganz bestimmten vorgesehnen Fällen und bei gewöhnlichen Preßvergehen überhaupt nur bedingungsweise ausgesprochen werden kann. Der Gerichtshof, dem die Sache jetzt zur Entscheidung vorlag, forgierte denn auch das Verfahren der Verwaltungsbehörde, indem er den Angeklagten vollständig freisprach. — Das bayrische

Ministerium präsentierte der Abgeordnetenkammer nicht weniger als acht Zeitungen — drei Münchener, eine Augsburger, zwei Nürnberger, eine Fürther und die Breslauer Volksmacht — in denen die Kammer beleidigt sein sollte und beantragte Ermächtigung zur Strafverfolgung. Die Kammer, in der bekanntlich Redefreiheit herrscht, räumte diese auch den Zeitungen ein und lehnte den Antrag ohne Debatte ab. — In Marburg bekämpften sich die beiden Zeitungen Hess. Landeszeitung (demokr.) und Oberhess. Zeitung (kons.) und gingen schließlich beide zum Kadi. Die Oberhess. Zeitung mußte den Frevel mit 6 Mk. büßen, während die Landeszeitung zwar ebenfalls schuldig befunden, aber freigesprochen wurde, weil — das Gericht dem Redakteur, als Sprechreiter angestellt, nicht zutraue, literarisch thätig sein zu können! Das wäre ja eine richterliche Anerkennung der Sprechreiterei? Da wird wohl eine Korrektur des Landgerichtes nachhelfen. — Der Redakteur der Königsberger Volkstribüne, Lorenz, wurde zu zwei Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verurteilt; beantragt waren sechs Monate.

Die Kollegen Lemberts wollen nach Zeitungsnachrichten am 3. Februar in den Streik eintreten, da ihnen die geforderte Lohnerhöhung nicht bewilligt worden ist. Die in vorletzter Nummer gemeldete Wiener Einigungsabmachung scheint also dabei in Lemberg nicht befristeten Beifall gefunden zu haben.

Der italienische Buchdruckerverband hat neuerdings die Zahlung von Statikum an die Reisenden gegenseitiger Vereine wieder aufgenommen und entrichtet 5 Cent. pro Kilometer. Daraufhin hat das internationale Buchdruckerparlament die Verfügung erlassen, daß den Reisenden des italienischen Verbandes die vertragsmäßige Unterstützung der gegenseitigen Vereine ausgedehnt werden möge.

England. Die Schriftsetzer in sämtlichen Druckereien erlangen durch gütliche Uebereinkunft mit den Prinzipalen eine Erhöhung ihres Wochenlohnes um 1 Schilling; mit dem 1. Juli tritt eine weitere Erhöhung von 6 Pence ein. — Der Ortsverein Wandseher der Typographischen Association beschloß per Urabstimmung, an die Prinzipale das Ersuchen um Verkürzung der Arbeitswoche auf 48 Stunden zu richten. 1024 Mitglieder stimmten dafür, 406 dagegen. — Infolge erneuter Tarifstreitigkeiten sind jetzt, nachdem vor einiger Zeit der Seperaal im Druckereidepartement der Heilarmee in London geschlossen wurde, auch sämtliche Maschinenmesser aus der Dffizin von seiten ihrer Organisation abberufen worden. Damit ist nunmehr die Druckerei der internationalen Betrüberrgesellschaft für Verbändler geschlossen und ganz zum Stillstande gekommen. — Durch verschiedene Umstände wurden in der Dffizin des Wandseher Guardian fünf Seper überflüssig und fünf der ältesten erflehten dadurch die vierzehntägige Kündigung. Die Firma bewilligte zwischenwärtig entsprechend der Dauer ihrer Beschäftigung zwei Kollegen 2000 Mk., einem 1500 Mk. und den zwei jüngsten je 1000 Mk.

Das Druckgewerbe der Vereinigten Staaten weist nach amerikanischen Zeitungsnachrichten gegenwärtig eine günstige Konjunktur auf.

Die Wergenhaleer Linotype-Company hat ihr Vertriebskapital von fünf auf zehn Millionen Dollars erhöht. In St. Louis streiken 300 organisierte Buchbinder. Sie fordern den Achtundzwanzigsten von Fortbezug des Lohnes für die jetzige zehntägige Arbeitszeit. Elf Firmen haben den Wünschen ihrer Arbeiter bereits entsprochen, zwei wollen es mit Stills probieren.

Die Schriftsetzer in Durban (Natal) erlangen nach dreitägigem Ausstand eine Erhöhung ihres Wochenlohnes um 2 Schill. 6 Pence für im gewissen Gelde stehende Seper und 1/2 Pence (etwa 4 Pf.) pro 1000 n für berechnende Seper. Die Prinzipale versprechen noch eine weitere Erhöhung des Lohnes, sobald ein besserer Geschäftsgang eintritt. Das Gehalt der dortigen Kollegen beträgt demnach jetzt: Gewisses Geld 2 Pf. Sterl. 17 Schill. 6 Pence bei achtstündiger Arbeitszeit; Verdienen in Morgenzeitungen 11 1/2 Pence pro 1000, in Abendzeitungen 11 Pence pro 1000. Ueberstunden werden mit 1 Schill. 6 Pence bezahlt.

Öffentliches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.

Mit den belannten Hochs auf die Sozialdemokratie, wie sie unter den üblichen Zuthaten wie international, völkerverbindend, revolutionär ausgebracht zu werden pflegen, beschäftigte sich dieser Tage infolge eingeleiteter Verurteilung das Landgericht zu Magdeburg. Angeklagt waren vier Personen. Von den Angeklagten war einer zu zwölf Wochen wegen zwei solcher Hochs, einer zu sechs Wochen und zwei andere, der eine sollte von einer Fälschung der Emser Depesche gesprochen haben, zu je drei Wochen vom Schöffengericht verurteilt worden. Das Landgericht vermochte nicht festzustellen, ob der eine der Angeklagten wirklich selbst eine Fälschung der Emser Depesche behauptet habe und wie die Worte international, völkerverbindend, revolutionär, revolutionär ausgebracht zu werden pflegen, geistige Befreiung zu verstehen und daran werde kein Mensch Nergernis nehmen oder sich dadurch beunruhigt fühlen. Es erfolgte hiernach Freisprechung. Der Zusatz revolutionär dagegen erregte auch bei dem Landgericht Anstoß, er erinnere an Gewalt und könne Nationaldemokraten wohl beunruhigen. Der betreffende Angeklagte muß diesen Zusatz mit zwei Wochen Haft büßen.

Die Schrift eines Herrn Schwärze, in welcher die Arbeiter darüber belehrt werden sollen, was sie von dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate zu erwarten haben, hat dem Landrat in Neurode so gut gefallen, daß er sie den ihm unterstellten Behörden in einer Anzahl von

Exemplaren und der Weisung zugehen ließ, sie in geeigneter Weise zur Verteilung zu bringen. In dem betreffenden Schreiben wird das nötige Salz zugegeben, um die Behörden auszuwornen, das Gebot des Herrn Landrates ja nicht außer acht zu lassen. Unfers Erachtens ist das Kopierergeschäft nicht Sache der Landräte und was die Arbeiter betrifft, so pflegen diese, ob Sozialdemokraten oder nicht, sich ihre Vertüre nach eigenem Ermessen zu wählen. Dazu bedarf es keiner Bevormundung.

Die Deutschen im Auslande pflegen bei sogenannten „patriottischen“ Anlässen sich besonders in Verherrlichung des „Vaterlandes“ hervorzutun — solange dies ohne Gefährdung ihres Geldbeutels geschehen kann. Infolge der neulich wegen Transvaal eingetretenen Spannung zwischen England und Deutschland soll eine große Anzahl deutscher Kaufleute die Naturalisation als Engländer nachgesucht haben. In solch kritischen Fällen sucht man sich ins Trockene zu bringen und hängt den Patriotismus an den Nagel. Und das sind die Stützen der heutigen Gesellschaft, die verachtend auf den „internationalen“ Arbeiter herabschauen.

In Baden beschloß das Ministerium des Innern auf Anregung des Reichsanwaltes des Innern die Vornahme statistischer Erhebungen über die Arbeitsnachweiskstellen. Die Bezirksämter haben die Ergebnisse nebst einem Begleitbericht an das statistische Bureau einzusenden, in welchem gemachte Wahrnehmungen über etwa vorhandene Mißstände u. dgl. aufzunehmen sind.

Verkehr, Hafen usw.

Der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands veranlaßte im dritten Quartal 1895 einschließlich eines Bestandes von 54549 Mk. die Summe von 73793 Mk., der eine Ausgabe von 23959 Mk. gegenübersteht. Für Arbeitslohn- und Reiseunterstützung allein wurden 15610 Mark verausgabt. Der Mitgliederstand hat sich während der Zeit um 188 vermehrt und beträgt 3312.

Eine nach Essen von mehreren Knappschäftsstellen einberufene Bergarbeiterversammlung sollte sich über das neu aufzustellende Knappschäftsstatut, namentlich über die Fragen der Trennung der Reichsinvalidenpension von der Knappschäftsrente, der Erhöhung der Invalidenrente und der Wittengelder sowie die Errichtung von Schiedsgerichten äußern. Es kam aber nicht dazu. Die zwischen dem alten Berg- und Hüttenarbeiter-Verbande und dem Gewerkschaften christlicher Bergleute vorhandenen Gegensätze brachten die Anwesenden so in die Hitze, daß die Versammlung aufgelöst wurde. Besser wäre es gewesen, man hätte erst die Hauptsache erledigt und die „gegenwärtige Abrechnung“ in die zweite Linie gestellt. Die Organisation ist nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck! Die „christlichen“ Bergarbeiter werden übrigens bald genug einsehen, daß die Vermischung von nicht Zusammengehörigen von Uebel ist, den Zweck nur vereiteln kann.

In Dortmund tagte ein evangelisch-sozialer Kongress, wobei man den „Scharfmachern“ zu Leibe ging. Vicentia Weber aus M. Gladbach erklärte unter lebhafter Zustimmung der Teilnehmer, daß die evangelischen Arbeitervereine sich nicht den Mund stopfen lassen würden durch Leute, die es mit dem Scharfmachen veruchen und die höchste Stelle beeinflussen wollten. Farrer Weber will die Einrichtung von sozialen Kommissionen bei den Kommunen, die sich mit der Organisation des Arbeitsnachweises, der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit bezw. Beschäftigung der Arbeitslosen usw. befassen sollen. Farrer Raumann empfahl eine Aenderung des Wahlrechtes für die städtischen Vertretungen anzustreben, da bei der jetzigen Zusammenfassung nicht daran zu denken sei, daß auch nur ein Teil der Forderungen, wie sie Weber den von ihm erwähnten Kommissionen als Aufgabe zugewiesen haben wolle, durchgehe.

Ueber den Budgetgeschlossene Gesellschaft pflozen Schöffens, Land- und Kammergericht in Berlin Beratung. Ein Verein von 18 Mitgliedern hatte am ersten Weihnachtstage 1894 ein Vergnügen veranstaltet und dazu alle früheren Mitglieder des Vereins mit Familien geladen, ebenso waren die Musiker und die Mitglieder eines Gesangvereins mit Familienangehörigen erschienen, im ganzen gegen 200 Personen. Die Polizei gab ihre Erlaubnis unter der Bedingung, daß nur erste Etüde aufgespielt und abends 11 Uhr Schluß eintrete. Die Arrangementslehrten sich nicht daran und ließen sogar von 1 Uhr nachts bis früh 5 Uhr tanzen. Schöffens- wie Landgericht verurteilten daraufhin den Vorsitzenden wie Hauptstr. Das Kammergericht fand aber daß das Tanzvergnügen nicht am 25. Dezember, an welchem Tage das Tanzen bekanntlich verboten ist, sondern am 26. stattgefunden habe, ferner sei der Charakter der privaten Gesellschaft nicht dadurch aufgehoben, daß Gäste zugelassen werden, sofern dieselben eingeladen und von ihnen kein Eintrittsgeld erhoben würde. Aber verurteilt wurden die Angeklagten doch, weil sich drei Leute als Zeugen fanden, die zufällig in das Lokal geraten und, da keine Kontrolle mehr stattgefunden, auch am Tanze teilnahmen. Durch diese drei Ungerufenen wurde das Vereinsvergnügen eine öffentliche Lustbarkeit.

In Sachen finden allfällige Protestversammlungen gegen die beabsichtigte Einschränkung des Wahlrechtes zum Landtage statt. Die zum Zwecke der Agitation gegründete Wahlrechts-Liga ist von der Leipziger Polizei aufgelöst worden. In Regau verbot die Polizei eine solche Protestversammlung, weil sie in der Kundgebung eine schwere Beleidigung der betr. Antragsteller erwidert, worüber die Polizei nicht zu befinden hat. Wenn sie aus dieser so konstruierten Beleidigung „Gefesselsüber-

tretungen oder unsittliche Handlungen“ herleitet, um das Verbot wenigstens einigermaßen zu rechtfertigen, so fehlt dafür wohl jedermann, den Begründer des Verbotes ausgenommen, das Verständnis.

Einen Raufkorb hat der Generalgouverneur von Finnland seinen „Untertanen“ dadurch angelegt, daß er die Berührung von Fragen politischen Charakters in öffentlichen Vorträgen und Versammlungen verbietet. Und politischen Charakters sind alle Fragen, deren Erörterung nicht gewünscht wird.

Arbeiterbewegung.

Unvorsichtige Äußerungen über Streikbrecher, Bedrohung genannt, brachten dem Vertrauensmanne der Berliner Zimmerer vierzehn Tage Gefängnis ein.

Bedarfs Erhöhung ihres Stundenlohnes von 50 auf 52 1/2 Pf. legten in Berlin 81 Zimmerer die Arbeit nieder. Die Formier und Gießerarbeiten der Firma Weiß & Peters gewannen ihren Abwehrstreik. Schlechte Behandlung und niedriger Lohn veranlaßten die Tuchweberinnen der Firma Sternidel & Güttscher in Cuxen in den Ausstand zu treten. Die Schuhfabrik von Eichbaum & Co. in Mainz ist zum zweitenmale binnen kurzer Frist der Solidarität ihrer Arbeiter unterlegen. Die Firma erkannte nun nach vergeblichem Streuben den Lohnstarf an, worauf die Arbeiter ihre Kündigungen zurückzogen.

Die Hamburger Straßenbahn-Gesellschaft wollte ihren Steinsepern und Hammern, über 200 Mann, das Koalitionsrecht verbieten, mußte jedoch schließlich dasselbe ausdrücklich anerkennen. Die betreffenden Arbeiter waren fast sämtlich organisiert und besaßen als solche Rückgrat genug, den an sie gerichteten rigorosen Wunsch gebührend zurückzumweisen.

Sechshundert Arbeiter der Hauptwerkstätten in Othen erklärten unterschrieben, sich der Bewegung der schweizerischen Eisenbahnangestellten anschließen zu wollen. In der Angelegenheit der Brauerbewegung ist das Bundeskomitee der Gewerkschaften beauftragt worden, mit den Brauereibesitzern zu verhandeln. Für den Fall, daß keine Einigung erzielt wird, liegt bereits ein Boykottplan zur Ausführung vor. In Leoco in Italien stellten die Seidenspinner die Arbeit wegen verweigerter Lohnerhöhung ein. Die Schwefelgrubenarbeiter in Cantania traten wegen einer geplanten Reduktion ihrer erbärmlichen Löhne in den Ausstand. Der Polizeidirektor nahm für die Streikenden Partei und bewegte die Unternehmer, die alten Löhne beizubehalten, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Die bereits angekündigte Arbeitsaufnahme im englischen Schiffsbauwerke hat nur zum Teil und zwar am Elbe stattgefunden. Die Arbeiter von Belfast lehnten das Zugeländnis der Schiffsherren als nicht befriedigend ab und beharren im Streik. Dadurch wird die Lage am Elbe abermals fraglich, da zwischen den Unternehmern die Abmachung besteht, daß nur überall zu gleicher Zeit die Arbeiten aufgenommen werden sollen. Die Aussperrungsgesetze die sie riefen, werden die Unternehmer jetzt nicht los.

Briefkasten.

D. in Rheinbach: Bestellen Sie bei der Post. — P. in Mayen: Zeurer als Postbestellung, daher diese empfohlen. — D. in Luxemburg: Sing Ihnen zu. 20 Pf. — Bonn: Wir eruchen um die genaue Angabe des Datums. — Orts-Krankenl. Berlin: 1,90 Mk. — W. P. in K.: Boretz Betrag einsenden; 80 Pf. Auf den konplizierten Satz können wir uns nicht mehr einlassen.

Verbandsnachrichten.

Für den Neubrand des Adressenverzeichnis eruchen wir diejenigen Bezirksvorsitzer und Kassierer, welche ihre Wohnung verändert, dies aber im Corr. noch nicht bekannt gegeben haben, ihre neue Adresse spätestens bis Ende dieses Monats an uns einzulassen.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Schlesien. Die Herren Bezirkskassierer, welche mit der Abrechnung pro 4. Quartal 1895 noch im Rückstande sind, werden hierdurch um schleunigste Einfindung derselben ersucht (§ 9 des Statutes). — Die Adresse des Kassierers lautet jetzt: Matthiasstraße 79 (früher 26a).

Bezirk Kachen. In der letzten Versammlung des Nachener Ortsvereins wurde der Bezirksvorstand, vorbehaltlich der Bestätigung durch die Bezirksversammlung, wiedergewählt, und zwar: Jos. Wilms, Vorsitzender, Büchel 22; Hubert Schiffers, 2. Vorsitzender; August Lausenberg, Kassierer, Villa Reutersbag; Ant. Kraus, dessen Gehilfe; Andreas Wilms, Schriftführer; Emil Pangen, Bibliothekar. Zuschriften, die allgemeine Verwaltung betreffend, sind an den Vorsitzenden, solche das Rechnungs- und Kassenwesen betreffend, an den Kassierer zu richten.

Sonntag den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet in Fülth im Lokale des Herrn Jos. Brell (Grünstraße) die erste ordentliche Bezirksversammlung des Bezirks Kachen statt, wozu die Mitglieder und auch alle übrigen Kollegen freundlichst eingeladen sind. Tagesordnung durch Auktual.

Bezirk Konstantz. Hierdurch werden unsere Mitglieder zu der am Sonntag dem 26. Januar, vormittags 10 Uhr, in der Restauration Gudenstein, Lägermoosstraße, stattfindenden Bezirksversammlung freundlichst eingeladen. Die Tagesordnung wird den Mitgliedern noch zugehen.

